

Rede von Carsten Preuß, stellv. Fraktionsvorsitzender, zum Haushaltsplan 2020 auf der Kreistagssitzung am 16. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Landrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste,

in den vergangenen Wochen diskutierten wir intensiv über den Kreishaushalt 2020. Insgesamt umfasst er mit den Anlagen mehr als 1.000 Seiten und hat ein Volumen von über 306 Millionen Euro.

Aber, der Haushalt ist viel mehr als eine Ansammlung von scheinbar unendlich vielen Zahlen. Der Haushalt zeigt auf, wie wir uns die Zukunft unseres Landkreises vorstellen.

Neu war die Vorgehensweise der Verwaltung zur Aufstellung des Haushaltsplanes. Sie basierte auf der Jahresendprognose des Haushaltsvollzuges 2018 zuzüglich eines Inflationsausgleichs von insgesamt fünf Prozent sowie fundierter zusätzlicher Bedarfe.

Mit dieser Vorgehensweise war es erstmals auf Anhieb möglich, einen weitgehend ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und gleichzeitig eine Kreisumlagesenkung um zwei Prozent zu planen, was einer Mindereinnahme für den Kreis von 5,4 Millionen Euro entspricht.

Die Kreisumlage steht regelmäßig in der Diskussion bei den Haushaltsberatungen. Denn die Einnahmen für den Kreishaushalt kommen zu knapp 37 Prozent aus der von unseren Städten und Gemeinden gezahlten Kreisumlage.

Mit der neuerlichen Senkung der Kreisumlage konnte diese in den vergangenen Jahren aber bereits um insgesamt fünf Prozentpunkte gesenkt werden, obwohl sich der Landkreis bis 2016 in der Haushaltssicherung befand. Damit konnten die Kommunen deutlich entlastet werden.

Einige Änderungsanträge unserer Fraktion wurden aus verschiedenen Gründen zurückgezogen. Hierunter fällt auch der Antrag zur Unterstützung des Besucherzentrums des Naturparks Nuthe-Nieplitz in Glau.

Unsere Fraktion steht weiterhin zu den eingereichten, aber zurückgezogenen Anträgen. Diese Anliegen sollen auf anderem Wege weiter verfolgt werden.

Hinsichtlich des Naturparkbesucherzentrums sollten wir erwägen, wieder Mitglied im Landschaftsförderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V. zu werden. Der Verein ist auch Träger des Naturparkbesucherzentrums in Glau.

Zur Ausweisung eines Naturparks „Baruther Urstromtal“ wird es ein Gespräch mit dem neu geführten Brandenburger Umweltministerium geben. Denn Brandenburgs Großschutzgebiete sind heute wichtige Akteure und Partner der Regionalentwicklung, gerade im ländlichen Raum.

Das Thema Beantragung der Heeresversuchsstelle Kummersdorf als UNESCO-Welterbestätte und eine dafür sinnvolle Road Map wird im Kulturausschuss weiter beraten.

Das Thema Kreisarchiv – zu dem wir auch einen Änderungsantrag eingereicht hatten – werden wir weiter aufarbeiten. Hierzu werden wir auch noch die Antwort auf eine Anfrage auswerten, die derzeit noch aussteht. Letztlich handelt es sich beim Archiv um eine Pflichtaufgabe.

Zurück zu den freiwilligen Leistungen.

Diese liegen für den Landkreis im Planjahr 2020 bei 1,55 Prozent des Haushaltsvolumens. Damit liegt der Anteil an freiwilligen Leistungen (ohne ÖPNV) weit unterhalb des angestrebten Mindestwertes von drei Prozent. Das zeigt, dass der Kreishaushalt lediglich der Finanzierung notwendiger Aufwendungen des Landkreises dient. Allerdings ist damit auch der Gestaltungsspielraum für eine gezielte Kreisentwicklung äußerst gering.

Neben der verringerten Kreisumlage erhält der Landkreis auf Grund seiner guten wirtschaftlichen Situation auch 3,5 Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen vom Land. Damit konnte letztlich der gesamte Finanzbedarf nicht ganz gedeckt werden. Für den Haushaltsausgleich nutzen wir nun den Überschuss des bestätigten Jahresabschlusses 2014. Dieser erbrachte einen Überschuss von 1.288.000 Euro. Von diesem Überschuss werden etwas über 900.000 Euro für den Haushaltsausgleich benötigt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses aus 2014 war ein vieldiskutierter Punkt bei den Haushaltsberatungen. Hier gab es zum einen die Idee der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER, mit diesen Mitteln ein Kreisentwicklungsbudget 2020 aufzulegen, das für Projekte der Städte und Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollte.

Zudem gab es von Seiten der Bürgermeister den Vorschlag, diese Mittel zu nutzen, um die Kreisumlage um nochmals 0,5 Prozent zu senken.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) hat dafür plädiert, einem Antrag unserer Fraktion zu folgen, der ein Kreisentwicklungsbudget für 2021 vorsieht. Damit kann zudem der Haushaltsausgleich 2020 gewährleistet werden.

Heftig diskutiert wurde auch über den Radweg entlang der L 73. Unser Antrag zum Kreisentwicklungsbudget sieht vor, dass dieser Radweg prioritär im Kreisentwicklungsbudget 2021 behandelt wird und hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50 Prozent des Eigenanteils, maximal aber 400.000 Euro im Haushalt 2020 für 2021 verankert werden.

Zu zwei weiteren Anträgen unserer Fraktion hat der HFA ebenfalls ein positives Votum abgegeben.

Es handelt sich um einen liniengebundenen Rufbus in Baruth/Mark. Hierbei geht es um die verbesserte Anbindung des Gewerbe- und Industriegebietes in Baruth/Mark, des Museumsdorfes Glashütte, des Wildparkes Johannesmühle und des Bahnhofes Klasdorf, an dem seit dem 15.12.2019 auch wieder mehr Züge halten.

Der zweite Antrag soll 2021 wirksam werden. Dabei geht es um die Neuanschaffung eines Bücher- und Bürgerbusses. Mittlerweile ist das derzeitige Fahrzeug 22 Jahre alt und daher sind jährlich mehrere tausend Euro für Reparaturen nötig. Insofern soll 2021 ein neues Fahrzeug angeschafft werden.

Unabhängig von den Änderungsanträgen sind im Haushaltsplan 2020 bereits zahlreiche wichtige Projekte verankert. Gut ist, dass die Schwerpunkte dabei die Schulträgeraufgaben und der ÖPNV sind. Investiert wird u. a. an den Gymnasien in Rangsdorf, Jüterbog und Ludwigsfelde. Im Oberstufenzentrum Ludwigsfelde ist nun endlich der Neubau einer Schulsporthalle vorgesehen.

Auch die Umsetzung der Breitbandinitiative des Bundes ist ein wichtiger Schwerpunkt. Notwendig wurde hierfür auch eine Änderung am Stellenplan: Ein Sachbearbeiter und zwei IT-Techniker sollen 2020 helfen, das Programm zur Digitalisierung der Schulen umzusetzen.

Daneben stellt ein gefördertes Modernisierungsprogramm für die Fläming-Skate eine wesentliche Priorität dar.

Für den Öffentlichen Personennahverkehr werden Aufwendungen von insgesamt 9,2 Millionen Euro im Haushalt bereitgestellt. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 900.000 Euro mehr.

Dennoch können längst nicht alle Wünsche der Einwohnerinnen und Einwohner an den ÖPNV berücksichtigt werden. Hier gilt es, künftig noch ein großes Stück weiterzukommen. Denn nur ein leistungsfähiger ÖPNV kann eine Alternative zum Individualverkehr darstellen.

Verbessert werden muss künftig aber auch der Radwegebau. Hier liegen wir noch weit hinter den Bedürfnissen zurück. Der Radweg entlang der L 73 ist ja nur einer von vielen benötigten Radwegen.

Ein Thema, das für viele Menschen große Bedeutung hat, ist der Klimaschutz. Hier sind wir im Landkreis Teltow-Fläming bereits aktiv. 2008 haben wir ein kreisliches Energie- und Klimaschutzprogramm beschlossen und regelmäßig fortgeschrieben. Um allerdings die hochgesteckten Klimaziele wenigstens annähernd zu erreichen, sollten wir uns auf weitere Anstrengungen und konkrete Maßnahmen verständigen.

Wir werden heute noch von Frau Klatt, der Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt erfahren, wie der Stand der Beschlussvorlage zu den zusätzlichen Aktivitäten des Landkreises Teltow-Fläming zur Begrenzung der Erderwärmung ist.

Anfang kommenden Jahres werden wir dann über die Beschlussvorlage abstimmen. Überplanmäßige Erträge 2020, die keiner Zweckbindung unterliegen, könnten dann bereits im Sinne

der Nachhaltigkeit eingesetzt werden.

Der Haushaltsplan offenbart aber auch Probleme. Die Haushaltsabschlüsse 2015, 2016 und 2017 sind zwar noch nicht durch den Kreistag bestätigt, zeigen aber bereits jetzt, dass große Überschüsse zu erwarten sind. Das wäre eigentlich noch kein Problem. Doch wir müssen über die Ursachen reden. Eine Ursache dafür ist, dass 70 Stellen in der Kreisverwaltung derzeit unbesetzt sind.

Das kann bedeuten, dass etwa nicht alle Investitionen wie geplant getätigt werden, Anträge nicht schnell genug bearbeitet oder Kontrollen reduziert werden. Und letztlich hat das auch Auswirkungen auf den Krankenstand.

Insbesondere im Sozialamt, Jugendamt und in der Unteren Bauaufsichtsbehörde kam es durch Fallzahlensteigerungen in den letzten Jahren zu einem Aufgabenzuwachs und, zusätzlich verschärft durch den Krankenstand, zur Arbeitsverdichtung.

Um die unbesetzten Stellen besetzen zu können, muss der Landkreis als Arbeitgeber noch attraktiver werden. Hierzu gehört neben einer ordentlichen Bezahlung auch endlich die Einführung von Homeoffice, um zeitweise das Arbeiten von zu Hause aus zu ermöglichen.

Wir wissen dass es einen Fachkräftemangel gibt, und die Kreisverwaltung nicht alleine davon betroffen ist. Dennoch gilt es aber auch die Ursachen zu ermitteln, warum in einigen Bereichen die Fluktuation höher ist als in anderen Bereichen. Wir dürfen die Themen Betriebsklima oder Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren,
die Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI wird dem Haushalt zustimmen.

Und ich möchte es nicht versäumen, mich im Namen der Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für den vorgelegten Entwurf und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachämter für die Zuarbeiten zu bedanken.